№ 494
B 245
Abend-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 18. Oktober 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

30 Millionen

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (in Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600 — 3663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660-

Müller und Böttcher.

Der kommunistische Finanzminister Sachsens, Böttcher, und sein Kollege Heckert sind zu Reichsratsbevollmächtigten ernannt worden. Diese Ernennung ist teilweise als eine Art Kampfansage an Berlin aufgefaßt worden. Das braucht sie nicht zu sein. Vielmehr entspricht diese Delegierung in den Reichsrat dem allgemeinen Brauch. Im übrigen ist der Reichsrat das zahmste Gremium, das es gibt, und auch die beiden Kommunisten werden dort höchstens einen Sturm im Wasserglase hervorrufen können.

Dagegen ist es Herrn Böttcher gelungen, durch eine Volksversammlungsrede in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses zu rücken. Dieser jugendliche Parteipolitiker, der erst vor kurzer Zeit von einer längeren Instruktionsreise aus Rußland zurückgekehrt ist, hat in einer Leipziger Kommunistenversammlung am 13. Oktober die übliche Agitationsrede gehalten, ohne sich einen Augenblick dadurch stören zu lassen, daß er ein paar Tage vorher sächsischer Minister geworden war und einen Eid auf die Verfassung geleistet hatte. Gegen diese Entgleisung Einspruch zu erheben, war durchaus notwendig und berechtigt. Der richtige Weg wäre wohl gewesen, wenn der Reichsminister des Innern sich mit dem sächsischen Ministerpräsidenten in Verbindung gesetzt hätte, um zu betonen, daß die Verpflichtung auf die Verfassung nicht nur ein Lippenbekenntnis darstellen dürfe.

Statt dessen hat der Wehrkreiskommandant die Affäre zum Gegenstand eines Schrittes bei der sächsischen Regierung gemacht, der noch dazu in ultimative Form gekleidet war. Wenigstens ist dieser Eindruck dadurch entstanden, daß Ministerpräsident Zeigner das Schreiben des Generals v. Müller sofort in der Landtagssitzung bekannt gab. Das entspricht seiner Taktik, bei jeder Gelegenheit „in die Oeffentlichkeit zu flüchten". Man muß zugeben, daß er damit bisher nicht ohne Erfolg für seine Person und seine Auffassung gewirkt hat.

Die ursprüngliche Annahme, daß General v. Müller auf eigene Faust gehandelt habe, bestätigt sich nicht. Er ist vielmehr, wie offiziös bestätigt wird, zu seinem Vorgehen durch den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Reichswehrminister bevollmächtigt worden. Offenbar hat man in Berlin nicht genügend bedacht, daß eine Maßnahme durch die Form ihrer Ausführung ein ganz anderes Gesicht erlangen kann, als ursprünglich geplant war. Auch im Interesse der Reichswehr wäre es erwünscht gewesen, wenn man von Berlin unmittelbar mit Dresden gesprochen hätte, ohne den militärischen Umweg. Es war bisher das berechtigte Streben des Reichswehrministers, die Reichswehr von dem politischen Odium, das seit der Noske-Zeit auf ihr lastet, zu befreien. In Sachsen ist der Erfolg dieser Politik der Zurückhaltung jetzt aufs Spiel gesetzt.

Darüber hinaus ist ein Konflikt entstanden, der auch die Reichspolitik berührt. Kennzeichnend ist folgende Aeußerung des „Vorwärts":

„Das ganze Vorgehen gegen Sachsen trägt die Züge krampfartiger Uebereilung und leidenschaftlichen Unüberlegtheit. Es steht damit in krassem Gegensatz zu der himmlischen Geduld, mit der man die Vorgänge in Bayern bisher behandelt hat. Man erreicht damit, daß jene Massen, die die stärksten Anhänger des Reichsgedankens sind, am Reich zu verzweifeln beginnen und gegen dieses für einen Bundesstaat Partei nehmen, der nach ihrer Ueberzeugung in ungerechter und parteiischer Weise mit der Reichsexekution bedroht wird. Und man erreicht damit noch mehr. Man erreicht damit, daß sich mit jedem Tag die Zahl der Sozialdemokraten vermehrt, die sich fragen, wie lange noch eine mitverantwortliche Beteiligung ihrer Partei an der Leitung der Reichsgeschäfte möglich sein wird. Zu denen, die sich in den letzten Tagen immer wieder diese Frage vorlegen, gehörten nicht nur jene Parteigenossen, die von Anfang an von einem Wiedereintritt in die Regierung nichts wissen wollten, sondern auch solche, die sich für ihn mit aller Entschiedenheit einsetzten. Nichts liegt uns ferner, als mit Gedanken zu spielen, deren Verwirklichung für unser ganzes Volk und seine arbeitenden Massen noch viel schlimmeres Unheil bringen könnte, als alles schon erlebte! Aber gerade, wenn solches Unheil vermieden werden soll, ist es notwendig, mit aller Deutlichkeit auszusprechen, daß man der Sozialdemokratischen Partei nicht zumuten darf, sie solle Dinge decken, die sie durchaus nicht decken kann. Es ist ein niederdrückender Gedanke, daß das Schicksal des Reichs möglicherweise davon abhängt, was der General v. Müller heute tun wird . . ."

Was General v. Müller tun wird, darüber ist, wie zuverlässig verlautet, noch nichts entschieden. Vielmehr wird der Dresdener Wehrkreiskommandant sich erst bei den zuständigen Stellen in Berlin Weisungen erbitten. Damit ist die Möglichkeit gegeben, dem Konflikt die Spitze abzubrechen und auf dem Weg von Verhandlungen zu erreichen, was erreicht werden muß: die unbedingte Sicherung der Rechts- und Staatsordnung in Sachsen und die Gewähr für eine Unterordnung auch der Kommunisten unter die Pflichten, die sie mit der Uebernahme eines Amtes in der deutschen Republik auf sich genommen haben. Wenn sie diese Pflichten nicht erfüllen können, so müssen sie auf ihre Aemter verzichten. In dieser Beziehung darf es keine Unklarheit geben.

Entspannung in Dresden.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

hs **Dresden**, 18. Oktober.

Nach Reichswehrkommando IV teilt mit: Ministerpräsident Zeigner hat auf das am 17. Oktober an ihn gerichtete Schreiben des Befehlshabers des Wehrkreiskommandos IV, in dem um eine unzweideutige Stellungnahme des sächsischen Gesamtministeriums zu den Ausführungen des Ministers Böttcher am 13. Oktober 1923 in Leipzig gebeten wurde, innerhalb der erbetenen Frist keine Antwort erteilt. Der Befehlshaber hat daraufhin am 18. Oktober 1923 an den Herrn Ministerpräsidenten untenstehendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Da Sie es für gut befunden haben, mein Schreiben vom 17. Oktober nicht zu beantworten, teile ich Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß ich die Angelegenheit zur weiteren Erledigung dem Herrn Reichswehrminister unterbreitet habe.

Mit dem Ausdruck meine vorzüglichsten Hochachtung

gez. Müller."

Die Kommunisten haben im Landtag einen Antrag gegen den Reichswehrminister eingebracht.

Stillegung der Ruhrzechen?

Der deutsche Schritt in Paris. — Poincarés schroffe Ablehnung. — Kein Geld zur Bezahlung der Bergarbeiter.

Der amtliche deutsche Bericht.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat bei seiner gestrigen Unterhaltung mit dem französischen Ministerpräsidenten im Anschluß an die frühere Besprechung nochmals eingehend die Auffassung der Reichsregierung über die Regelung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten und über die Weiterbehandlung der allgemeinen Reparationsfrage dargelegt.

Da der französische Ministerpräsident bei der früheren Besprechung die deutscherseits vorgeschlagenen Verhandlungen mit der Begründung abgelehnt hatte, daß er die Aufgabe des passiven Widerstandes und ihre Modalitäten nicht mit der deutschen Regierung erörtern könne, hat der Geschäftsträger darauf hingewiesen, daß die deutsche Absicht nicht dahin gehe, über die Aufgabe des Widerstandes, die für uns eine vollzogene Tatsache sei, sondern darüber zu verhandeln, wie nach der Aufgabe des Widerstandes die Wiederingangsetzung von Arbeit und Produktion im besetzten Gebiet am zweckmäßigsten und schnellsten zu bewerkstelligen sei, und wie insbesondere die Wiederaufnahme von Kohlen- und Koks-Lieferungen an Frankreich und Belgien in der gegenwärtigen Situation ermöglicht werden könnte. Wenn der französische Ministerpräsident bei der ersten Besprechung die Wiederaufnahme der Arbeit als eine allein von den lokalen Organen zu lösende Aufgabe bezeichnet habe, so sei die Reichsregierung bereit, auch solche lokalen Verhandlungen zu fördern. Der Geschäftsträger hat dem französischen Ministerpräsidenten in diesem Zusammenhang die Weisungen zur Kenntnis gebracht, welche die Regierungen des Reiches und der Länder den Beamten, insbesondere den Eisenbahnern, im besetzten Gebiet erteilt haben. Ebenso hat er ihm die Richtlinien für die Industriellen bekanntgegeben.

Der Geschäftsträger hat aber mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die bisherige Methode der Verhandlungen zu einer völligen Zersplitterung, Ratlosigkeit und Unklarheit im besetzten Gebiet geführt habe und daß daher die von Deutschland gewünschten einheitlichen Verhandlungen eine tatsächliche Notwendigkeit seien. Auf anderem Wege werde sich das von Frankreich angestrebte Ziel, nämlich die Wiederherstellung des Zustandes vor dem 11. Januar 1923, nicht erreichen lassen.

Als wichtigsten Punkt der von Regierung zu Regierung zu verhandelnden Fragen hat der Geschäftsträger die Frage der Kohlen- und Koks-Lieferungen an Frankreich und Belgien hingestellt. Er hat dem französischen Ministerpräsidenten im einzelnen dargelegt, daß Deutschland gegenwärtig schlechterdings außerstande sei, diese Finanzierung seinerseits vorzunehmen, und hat im Zusammenhang damit auf die außerordentlich gefährlichen Folgen hingewiesen, die sich ergeben würden, wenn die Kohlenzechen die Arbeit zwar zunächst wieder aufnähmen, aber schon nach wenigen Tagen infolge mangelnder Zahlungsmittel wieder aufgeben müßten. Nachdem die Unterstützungszahlungen des Reiches eingestellt worden seien, würden sich die Verhältnisse im Ruhrgebiet binnen kürzester Zeit dahin zuspitzen, daß 550 000 Bergarbeiter mit ihren Familienangehörigen ohne irgend welche Subsistenzmittel den Verhungern gegenüberständen, und daß dem noch Millionen Arbeiter und Angestellte anderer Industrien kämen, deren Beschäftigung vollständig von dem regulären Betrieb der Kohlenzechen abhänge. Die deutsche Regierung sehe diese zwangsläufige Entwicklung klar vor Augen, stehe ihr aber, wenn Frankreich eine Verständigung ablehne, machtlos gegenüber.

Im Anschluß hieran hat der Geschäftsträger auch die Gründe dargelegt, welche die Reichsregierung veranlaßt haben, die Kohlensteuer aufzuheben.

Was die weitere Behandlung der allgemeinen Reparationsfrage anlangt, so hat der Geschäftsträger zum Ausdruck gebracht, daß auch nach Ansicht der deutschen Regierung die Verhandlungen hierüber mit allen beteiligten Alliierten stattfinden müßten. Die Reichsregierung halte es für ratsam und glaube, auch den vielfach von Poincaré geäußerten Ansichten zu entsprechen, wenn sie sich zur Klärung des gegenwärtigen Standes der Reparationsfrage alsbald mit der Reparationskommission in Verbindung setze.

Poincarés Antwort.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner Antwort die Aufnahme von Regierungsverhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet kategorisch abgelehnt. Er hat erklärt, daß ihm die von der Reichsregierung und den Landesregierungen den Beamten und Industriellen des besetzten Gebietes erteilten Weisungen gleichgültig seien, und daß es für ihn nur auf Tatsachen ankomme. Das allein Ausschlaggebende sei für ihn die restlose Wiederherstellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Januar 1923. Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Finanzierung der Sachlieferungen könne er nicht anerkennen, er müsse sie im Gegenteil als ein Element des Widerstandes bezeichnen. Auf welche Weise die deutsche Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen fertig brächte, sei ihm ebenfalls völlig gleichgültig. Die Erörterung etwaiger deutscher Vorschläge durch die Reparationskommission werde er solange nicht zulassen, als nicht der deutsche Widerstand nach französischer Auffassung restlos aufgegeben worden sei.

Der Eindruck in England.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

whe **London**, 18. Oktober.

Die „Times" und die „Daily News" beschäftigen sich ausführlich mit der Ankündigung der Ruhrindustriellen, ihre Arbeiter wegen Geldmangels auszusperren. Die „Times" weisen darauf hin, daß die neue Lage im Ruhrgebiet Frankreich nicht nur ungeheure Aufgaben auferlege, sondern auch die separatistische Bewegung erheblich fördern werde. Es entstehe eine neue politische Lage, die die Geschichte Europas entscheidend beeinflussen könne und die die englische Regierung und das englische Volk im besonderen angehe. Die „Daily News" fordern den Premierminister auf, sobald wie möglich die Haltung abwartender Negation aufzugeben und durch positive politische Erklärungen zu der neuen Lage Stellung zu nehmen.

Beratungen im Reichskabinett.

Das Reichskabinett hat sich gestern abend und heute vormittag in mehrstündiger Beratung mit den Kohlenlieferungen und den damit zusammenhängenden Fragen beschäftigt. Wie verlautet, wird der Standpunkt der Reichsregierung der gleiche bleiben, wie er sich in den Instruktionen des deutschen Geschäftsträgers in Paris ausdrückt. Die Behauptung, daß der deutsche Geschäftsträger in Brüssel und London besonders vorbereitet worden sei, trifft nicht zu.